

## Soziale Gerechtigkeit und christliche Verantwortung – Orthodoxe Positionen

FACHTAGUNG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Der 2008 von der KAS in Berlin initiierte Gesprächskreis „Orthodoxe Soziallehre“ ist vom 20.-22. September 2010 erneut zusammengekommen, um sozialetische Fragen aus orthodoxer Sicht zu diskutieren. Das diesjährige Treffen fand in der bulgarischen Hauptstadt Sofia statt. Nach der Zusammenkunft in Bukarest im September 2009 tagte der Gesprächskreis damit im zweiten der beiden jüngsten EU-Länder. Dies nicht ohne Grund, denn die EU hat das Jahr 2010 zum „Europäischen Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ ausgerufen. 84 Millionen Menschen sind in Europa derzeit armutsgefährdet. Das Ungleichgewicht in der Verteilung der Wohlfahrtsgewinne wächst und wird mehr und mehr zu einer Bedrohung der politischen und sozialen Stabilität.*

*Die KAS nahm dies zum Anlass, diese Herausforderungen dort zu beleuchten, wo Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit zu den dringlichsten Aufgaben gehören: in den orthodox geprägten Transformationsländern Ost- und Südosteuropas, die mit dem Zusammenwachsen Europas vor neuen Aufgaben stehen – Aufgaben, die nicht ohne die Kirchen unternommen werden können. Die orthodoxen Kirchen verfügen nach wie vor über eine enorme Prägekraft und einen großen gesellschaftlichen Einfluss. Wie sie sich ihrer Verantwortung stellen und welchen Beitrag sie zur Festigung gerechter und sozialer Strukturen in ihren Ländern leisten können, war die Kernfrage der diesjährigen Tagung.*

### **Wirtschaftliche Transformation und soziale Verantwortung der Kirchen in Ost- und Südosteuropa: Orthodoxe Perspektiven**

Die Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten beiden Jahre ist nicht ausschließlich eine Folge verfehlter amerikanischer Kreditpolitik und ausgebliebener internationaler Finanzmarktregelungen – sie ist auch eine Krise der Sozialethik und Moral. Eine Krise, die auf die Hinfälligkeit und Gefahren einer Gesellschaft verweist, in der primär partikulare Interessen gelten und das Gemeinwohl zu einer entleerten Formel wird.

Über die aktuelle Stimmungslage hinaus hat es zuvor schon in weiten Teilen Ost- und Südosteuropas Kritik an den Exzessen eines Wirtschaftssystems gegeben, das sich im Zuge der wirtschaftlichen Transformation in diesen Ländern zunehmend entfesselt zeigt. Eine Kritik, die auch die Kirchen immer deutlicher formulieren, die seit dem Mauerfall ihre Stimme in der Gesellschaft neu erheben und sich verstärkt in gesellschaftliche Belange einzubringen versuchen.

In seiner Begrüßungsansprache verwies Dr. Andreas von Below, der Leiter des KAS-Büros in Sofia, auf die wichtige Rolle der Kirche und christlicher Werte in der Gesellschaft hin. Das christliche Menschenbild, so von Below, das die Würde eines jeden Einzelnen im Blick habe, könne für die gesellschaftliche Ordnung ein Wegweiser sein. In Deutschland habe sich daraus die Soziale Marktwirtschaft entwickelt. Mit diesem Wirtschaftskonzept setzte sich eine ordnungs-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BULGARIEN**

DR. ANGELIKA KLEIN

September 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/bulgarien](http://www.kas.de/bulgarien)

litische Überzeugung durch, die dem Individuum mit seinen Fähigkeiten und seiner Eigenverantwortung zur Geltung ver helfe und dabei das Gemeinwohl nicht aus dem Auge verliere. Die Soziale Marktwirtschaft knüpfe an Grundprinzipien christlicher Überzeugungen an, die auf eine gerechte Gestaltung von gesellschaftlichen Normen und Institutionen, sozialen Strukturen und Systemen ausgerichtet seien.

Vor diesem Hintergrund, betonte von Below, sei es der KAS in Bulgarien ein besonderes Anliegen, die Beziehungen zur Orthodoxen Kirche im Land (BOK) zu pflegen, um christliche Werte in der Gesellschaft und den interkonfessionellen wie innerorthodoxen Dialog pflegen und festigen zu helfen. Von Below verwies auf die Wahl des Tagungsortes, die theologische Fakultät in Sofia, als traditionsreichen Ort und sichtbares Zeichen der Verbundenheit zwischen der GOK und der KAS.

Der Dekan der theologischen Fakultät, Prof. Emil Traichev, wie auch S.E. Kyrill, Metropolitan von Varna und Veliki Presslav, begrüßten die Teilnehmer ebenfalls und verwiesen auf die gemeinsame christliche Prägung und deren Bedeutung für die Gestaltung des im Wandel begriffenen künftigen Europa. Gerade in Krisen- und Transformationszeiten sei es wichtig, ethische Verantwortung zu wecken für das neue europäische Zuhause und eine europäische Ordnung, die auf einem christlich geprägten Wertefundament und gegenseitiger Achtung fuße.

Die Fachtagung begann mit einem Einblick in das katholische, evangelische und orthodoxe sozia lethische Denken aus zunächst grundsätzlicher Sicht, bevor auf die konkrete Situation und die Rolle der Kirche in den jeweiligen Ländern eingegangen wurde.

### **I. Personalität, Solidarität und Subsidiarität in der katholischen Soziallehre**

In den ersten Themenbereich führte Prof. Gerhard Krui p, Universität Mainz, ein. Er begann mit einem kurzen Überblick über die Geschichte und den Entstehungskontext der katholischen Soziallehre, erläuterte deren

klassische Sozialprinzipien und zeigte schließlich neue Perspektiven auf, die vor allem durch das Zweite Vatikanische Konzil für die katholische Sozialethik und ihren Platz in der Moderne eröffnet worden sind.

### *Ursprung und Entstehungskontext des Sozialkatholizismus*

Der engagierte Sozialkatholizismus, so Krui p, habe sich im 19. Jahrhundert als Reaktion auf die sozialen Probleme entwickelt, die mit der kapitalistischen Industrialisierung in West- und Mitteleuropa entstanden seien. Dies habe nicht nur die Laienbewegung aktiviert, um der katholischen Kirche ein neues gesellschaftliches Gewicht zu geben, sondern auch weitere neue Elemente hervorgebracht – etwa kirchlich organisierte Wallfahrten oder, von 1848 an, die Katholikentage. Dadurch hätten die Laien gelernt, die Vorteile demokratischer Partizipationsmöglichkeiten, der Pressefreiheit und besserer Verkehrsbedingungen für sich und ihre Ziele zu nutzen. Ein Bestreben, das bald auch von Teilen der Kirchenleitung unterstützt und weitergeführt worden sei.

Drei Lernprozesse hob Krui p dabei hervor: Erstens die Einsicht, dass eine Veränderung der Zustände nicht nur von einer „Bekehrung der Herzen und einem freiwilligen Gesinnungswandel“ abhängig gemacht werden dürfe, sondern vielmehr konkrete Struktur reformen erfordere, die vom Staat durch eine entsprechende Gesetzgebung sowie wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen in die Wege geleitet werden müssten. Und zweitens die Erkenntnis, dass letztere auch „von unten“ eingefordert werden müssten. Dies habe zu einer Stärkung von Basisorganisationen geführt, zur breiten Bewusstseinsbildungsarbeit beigetragen und zur Kooperation auch mit anderskonfessionellen oder -religiösen Gruppen sowie, nach dem Zweiten Weltkrieg, zunehmend auch mit den demokratischen Parteien befähigt.

Damit ging die dritte Einsicht einher, dass nämlich die Begründung sozialer Reformen sich nicht allein auf die christliche Offenbarung oder religiöse Autoritäten berufen könne, da die Neuigkeit und Aktualität der Fra-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BULGARIEN**

DR. ANGELIKA KLEIN

September 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/bulgarien](http://www.kas.de/bulgarien)

gen der Moderne auch angemessener, neuer Antworten bedürfe. Antworten, die zudem alle Menschen teilten – auch Angehörige anderer Religionen und Nicht-Gläubige. Denn pluralistische Gesellschaften erforderten *gemeinsame* Grundlagen und Prinzipien des Zusammenlebens: nicht partikulare, religiöse Glaubensüberzeugungen, sondern nur unabhängige Argumente auf der Basis allgemein menschlicher Vernunftfeinsichten könnten für alle verbindlich sein. „Der notwendige Konsens über die moralischen Grundlagen unserer pluralistischen Gesellschaften“, betonte Kruip, „musste von der Bekehrungsfrage gelöst werden“.

Dieser starke Vernunftbezug christlicher Sozialethik sei ein „wichtiger Fortschritt im Denken des sozialen Christentums“ gewesen: „Während man lange Zeit dachte, dass alle Lebensbereiche letztlich immer von einem religiösen Glauben her betrachtet und auf diesen hingebordnet werden sollten, lernte man mit der Zeit, dass es Bereiche in der Gesellschaft gibt, die ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit gehorchen, und vor allem, dass dies auch vollkommen legitim ist“.

#### *Der Weg zu den Sozialprinzipien*

Der Versuch, das sozialchristliche Denken zu systematisieren, habe schließlich zur Etablierung zentraler Sozialprinzipien geführt, die Kruip an „Personalität“, „Solidarität“ und „Subsidiarität“ festmachte. Diese Prinzipien seien auf dem Vernunftwege ableitbar und für alle Menschen einsichtig, theologisch aber in besondere Weise begründet. Und zwar durch die Vorstellung, dass der Mensch und die Welt, in der er lebe, von Gott geschaffen seien. Und dass Gott den Menschen mit eben jenen Wesenseigenschaften ausgestattet habe, aus denen die Prinzipien abgeleitet werden könnten.

So habe Gott den Menschen als Person geschaffen, ihn mit Vernunft ausgestattet und ihm Freiheit gegeben. Damit zugleich aber auch die Verpflichtung, mit dieser Freiheit verantwortlich umzugehen. Dies begründe die Würde des Menschen und sein Recht auf Selbstbestimmung, aus der das Prinzip der Personalität abzuleiten sei. Da aber der Mensch in der Gemeinschaft lebe und so-

wohl ein individuelles, wie auch soziales Wesen sei, trete zum Personalitätsprinzip das Solidaritätsprinzip hinzu. Denn eine Gesellschaft verlange nach Prinzipien, die das Zusammenleben in ihr regelten – und zwar auf gerechte Weise. Damit dies gewährleistet sei, müssten ihre Mitglieder füreinander Verantwortung übernehmen und ihr Handeln auch auf das Gemeinwohl ausrichten: Einzelwohl und Gemeinwohl hingen eng miteinander zusammen.

Das Solidaritätsprinzip dürfe jedoch nicht dahingehend missverstanden werden, dass eine staatliche Instanz zentralistisch alles regeln müsse. Dies würde die Freiheit der einzelnen Personen und der zwischen Individuum und Staat angesiedelten Familien, Vereine, Gruppen und nichtstaatlichen Gemeinschaften verletzen. Deshalb brauche es das Subsidiaritätsprinzip, das gewissermaßen zwischen Personalitäts- und Solidaritätsprinzip anzusiedeln sei. Das Subsidiaritätsprinzip, so Kruip, besage, dass ein Bedarf, wo möglich, zunächst selbst zu decken sei. Die nächsthöhere Instanz dürfe erst dann eingreifen, wenn die darunterliegende Ebene nicht mehr zur Hilfe oder Selbsthilfe in der Lage sei. Als Beispiel nannte Kruip die Kindererziehung: hierfür seien zunächst die Eltern zuständig. Wenn diese nicht in der Lage seien, ihre Kinder selbst zu versorgen, sollten Verwandte darum gebeten werden. Wenn auch diese das nicht könnten, käme etwa ein Kinderheim einer zivilgesellschaftlichen Organisation oder einer Religionsgemeinschaft in Frage. Erst, wo solche nicht vorhanden seien oder nicht die nötige Qualität in der Versorgung der Kinder aufwiesen, dürften und müssten staatliche Behörden sich um die Kinder kümmern. Sollten auch diese versagen, seien möglicherweise internationale Hilfsorganisationen zuständig. Sobald die Kinder erwachsen seien, seien sie zunächst wieder für sich selbst verantwortlich. Sollten sie – aus welchen Gründen auch immer – zur Selbsthilfe nicht in der Lage sein, haben sie einen Anspruch auf Hilfe von anderen – und so fort.

Das Subsidiaritätsprinzip habe somit, so Kruip, zwei Seiten: ein „Kompetenzanmaßungsverbot“, um zu verhindern, dass die Freiheit und Zuständigkeit der unteren Ebe-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BULGARIEN**

DR. ANGELIKA KLEIN

September 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/bulgarien](http://www.kas.de/bulgarien)

nen zu stark eingeschränkt werde, aber auch ein „Hilfsgebot“, wenn die obere Ebene versage und die untere dieser Hilfe bedürfe.

*Von den Sozialprinzipien zu Metaprinzipien*

Die Entwicklung der katholischen Soziallehre sei aber nicht bei den Sozialprinzipien stehen geblieben – so habe das Zweite Vatikanische Konzil das „starre Schema der Sozialprinzipien“ durch „Metaprinzipien“ aufgebrochen. Zum Einen mit der Forderung, die „Zeichen der Zeit“ mit einzubeziehen und von einer genauen Analyse der konkreten und aktuellen Situation auszugehen. Entsprechend dem Dreischritt „Sehen-Urteilen-Handeln“ solle der Ausgangspunkt der ethischen Reflexion immer die soziale Realität sein. Das zweite Metaprinzip sei das des Dialogs, um die „Zeichen der Zeit“ auch interpretieren und daraus gemeinsame, verbindliche Schlussfolgerungen ableiten zu können. Dabei sei der Dialog mit „allen Menschen guten Willens“ gefordert, zu denen auch Mitglieder anderer oder keiner Kirchen und Religionsgemeinschaften gehörten.

Letztlich habe, so Kruijff, trotz ihrer Problematik, auch die lateinamerikanische Befreiungstheologie neue Impulse gegeben: mit ihrem beharrlichen Verweis auf die Priorität struktureller Reformen, die dazu geführt habe, dass Sozialethik seitdem vornehmlich als Institutionen- und Strukturenethik betrieben werde. Dann mit der „Option für die Armen“, die diesen in Gerechtigkeitsfragen Vorrang gewährt habe. Und schließlich mit der Forderung, sozialethische Ansprüche nicht nur an andere oder die Gesellschaft, sondern auch an sich selbst zu richten.

All dies habe den Weg freigemacht für eine moderne Interpretation der Prinzipien der Solidarität, der Subsidiarität und des Gemeinwohls und gleichzeitig den Raum eröffnet für einen auch interdisziplinären, interkonfessionellen und interreligiösen Dialog, um in der Lösung der drängenden Probleme unserer Gesellschaften gemeinsam voranzukommen.

## **II. Eigenverantwortung und Solidarität aus evangelischer sozioethischer Perspektive**

Aus evangelischer Sicht leitete der Studienleiter der Ev. Akademie Bad Boll, Prof. Dieter Heidtmann, in die Thematik ein. Dies zunächst ebenfalls mit einem Exkurs in die Geschichte, der zu den Wurzeln der evangelischen Sozialethik in der Reformationszeit führte.

Die reformatorische Neuordnung in den evangelischen Ländern habe aufgrund der Überzeugung Martin Luthers von der Bedeutung gelebter Nächstenliebe mit dem Versuch begonnen, die Bettelei zu beseitigen und eine auch strukturelle Neuordnung der Armenfürsorge zu bewirken. Dies zunächst mit zinslosen und notfalls auch nicht rückzahlbaren Darlehen, um den Bedürftigen Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen. Heidtmann wies auf die württembergische Kastenordnung von 1552 hin, die detaillierte Maßnahmen gegen Armut und Bettelei und für die sozial Schwachen (etwa Witwen) anordnete sowie, nach dem Subsidiaritätsprinzip, die gleichzeitige Verpflichtung der Bürger zur eigenverantwortlichen Bestreitung ihres Lebens einforderte.

Da die Kirche damals nicht ein Segment der Gesellschaft, sondern mit dem Staat durch das landesherrliche Kirchenregiment aufs Engste verknüpft gewesen sei, markierten die protestantischen Kasten- und Almosenordnungen somit den Beginn einer erstmals zentralistisch und bürokratisch geplanten Sozialfürsorge. In den Kirchenordnungen der Reformation finde sich, so Heidtmann, die Zuordnung von Staat und Kirche und die Aufgabenteilung im Sozialbereich in Grundzügen bereits so wieder, wie sie in Deutschland bis heute wirksam sei.

Der Einfluss der reformatorischen Kirchenordnungen reiche aber auch über Deutschland hinaus: So habe sich etwa Napoleon davon inspirieren lassen und die süddeutschen Kirchenordnungen als Vorlage für seinen „Code Civil“ genutzt. Und auch im heutigen EU-Vertrag ginge es immer noch um Fragen, die damals schon virulent gewesen und systematisch angegangen worden sei-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BULGARIEN**

DR. ANGELIKA KLEIN

September 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/bulgarien](http://www.kas.de/bulgarien)

en: Wer hat für welche Aufgaben welche Kompetenz? Wie sind gesellschaftliche Aufgaben zwischen verschiedenen Akteuren subsidiär zu regeln? Wie ist der soziale Zusammenhalt und der Schutz für die Schwächsten zu sichern? Wie viel Freiheit braucht der Einzelne in der Gesellschaft – und wie viel Verantwortung für andere?

Wie die katholische Soziallehre, so habe angesichts der zunehmenden Verelendung der Industriearbeiter auch die protestantische Sozialethik im 19. Jahrhundert einen Anschlag erfahren. Dies habe zur Herausbildung einer eigenständig getragenen, evangelischen diakonischen Arbeit geführt, um durch soziales Engagement das „Reich Gottes“ mitzugestalten.

*Die europäischen Sozialmodelle und ihre konfessionelle Prägung*

Mit einem Blick auf verschiedene europäische Sozialmodelle und deren konfessionelle Prägung setzte Heidtmann seinen Vortrag fort. Dabei unterschied er zwischen drei „Typen“: Erstens einem „nordischen Modell“, wie es sich in den skandinavischen Ländern zeige, das durch eine überdurchschnittliche Quantität und Qualität sozialer Dienstleistungen geprägt sei und durch vergleichsweise hohe Steuersätze finanziert werde. Zweitens einem „angelsächsischen Modell“, das sich durch große wirtschaftliche Freiräume und geringe Umverteilung auszeichne und die soziale Absicherung sehr viel stärker von der Eigeninitiative der Einzelnen abhängig mache. Und schließlich einem katholisch geprägten „Mittelmeer-Modell“, in dem der Sozialschutz Aufgabe der Familie sei und der Staat nur geringfügig Einfluss nehme. Heidtmann wies gleichzeitig auch auf Mischformen wie in Deutschland oder Österreich hin, die nicht nur Elemente des „nordischen“, sondern zunehmend auch des „angelsächsischen“ Modells aufwiesen. In der Bildungs- und Familienpolitik hingegen seien beide Länder eher katholisch geprägt.

Diese Sozialmodelle, so Heidtmann, ließen sich unterschiedlichen Gesellschaftskonzeptionen und Konfessionen zuordnen. So könne der „nordische Sozialstaat“ aus der lu-

therischen Lehre von den zwei Regimenten zu erklären sein, die dem Staat eine besondere Verantwortung für den Menschen zuspreche. Der Wirtschaftsliberalismus angelsächsischer Prägung lasse sich dagegen auf den Puritanismus und die Sozialethik Calvins zurückführen, während der Mittelmeerraum durch das katholische (und orthodoxe) Sozialdenken beeinflusst sei, das die Familie in den Mittelpunkt der Gesellschaft stelle.

Auf dieser Grundlage stellte Heidtmann einen Zusammenhang zwischen den Sozialmodellen und den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die ihnen entsprechenden Regionen her. Die Krise, begann Heidtmann, habe ihren Ursprung in der wirtschaftlichen Freiheit, wie sie das angelsächsische Modell propagiere. Viele mittel- und osteuropäische Staaten seien nicht nur deshalb so stark davon in Mitleidenschaft gezogen worden, weil sie sich noch im Übergang aus dem kommunistischen Wirtschaftssystem befänden, sondern auch, weil sie sich am Wirtschaftsliberalismus orientiert hätten: „Die Transitionsprozesse in Mittel- und Osteuropa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wurden nicht durch skandinavische Experten, sondern durch die Konzepte des Internationalen Währungsfonds geprägt.“

Umgekehrt, so Heidtmann, seien die katholisch (und orthodox) geprägten Länder im Mittelmeerraum am stärksten durch die Wirtschaftskrise betroffen. Extreme Arbeitslosenzahlen in Spanien, Portugal, Italien und Griechenland seien die Folge. Das „klassische“ Sozialmodell, das auf die Familie als Kern der Gesellschaft setze, sei derzeit im Zusammenbruch begriffen, auch weil es „die“ Familie in der vorausgesetzten Form nicht mehr gebe.

Die nordischen Länder hingegen, so die Beobachtung, hätten es am besten geschafft, die Schwierigkeiten aufzufangen. Dies spreche für ihr Sozialschutzsystem, „um das sie der Rest Europas beneide“, wie sie auch wirtschaftlich „seit Jahren unangefochten“ zu den erfolgreichsten europäischen Ländern zählten. Schlussfolgernd plädierte Heidtmann dafür, diese Erkenntnisse und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BULGARIEN**

DR. ANGELIKA KLEIN

September 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/bulgarien](http://www.kas.de/bulgarien)

die Lehren der Krise zu nutzen und sich als Kirche an dem aus dieser Sicht erfolgreichsten – nämlich dem skandinavischen – Sozial- und Wirtschaftsmodell zu orientieren.

Abschließend zeigte Heidtmann die breite ökumenische Basis der kirchlichen Anliegen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf. So habe die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) zusammen mit COMECE, Caritas Europa und Eurodiaconia ein gemeinsames Positionspapier zur Armutsbekämpfung erarbeitet, das dem EU-Parlament noch 2010 vorgelegt werden solle. Die gemeinsame Hauptforderung der Kirchen sei es dabei, Armut und soziale Ausgrenzung nicht rein materiell zu bekämpfen, sondern den Menschen in seiner Gesamtheit in den Blick zu nehmen.

### III. Die „Kultur der Solidarität“ in der Orthodoxie

Unter diesem Titel führte der renommierte orthodoxe Theologe und Sozialethiker Prof. Konstantinos Delikostantis von der Universität Athen in die Grundsätze orthodoxen sozialetischen Denkens ein.

Delikostantis begann mit einem kritischen Blick auf die Gegenwart und die aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen. Er beklagte eine zunehmende Schwächung sozialer Errungenschaften und die Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich, die mit einer Verstärkung des Ökonomismus, Eudämonismus und des Individualismus einhergehe. Immer mehr werde der Mensch zu einem „zoon echomenon“, einem „homo oeconomicus“ der sich über das „Haben“, statt über moralische und geistige Werte definiere.

Dies seien Entwicklungen, welche die Kirchen nicht ignorieren dürften: soziale Missstände und wirtschaftliche Fehlentwicklungen berührten den Menschen in den Tiefen seiner Existenz und gefährdeten seine Menschenwürde. Sie zeugten zudem von einer Haltung, welche die „sozialkritische Brisanz der Verkündigung Jesu neutralisiert und ungerechte Verhältnisse stabilisiert“.

*Die orthodoxe Tradition der „tätigen Solidarität“*

Demgegenüber betonte Delikostantis die orthodoxe Tradition der tätigen Solidarität, die sich nicht nur auf gelegentlichen Beistand beschränke. Die Geschichte der Östlichen Kirchen, so Delikostantis, stünde durchaus in einer karitativen Tradition – konkrete und unmittelbare Hilfe für Arme und Bedürftige sei schon immer ein „Grundzug des Ethos und des kirchlichen Handelns“ gewesen.

Dabei habe sich die tätige Hilfe für den Leidenden durchaus nicht nur mit sporadischen Angeboten begnügt, sondern auch strukturelle Merkmale einer „organisierten Philanthropie“ aufgewiesen, die zahlreiche karitative kirchliche Institutionen hervorgebracht habe. „Die sozialen Leistungen der Kirche“, so Delikostantis, „verblüffen bis heute selbst die Gegner des Christentums“. Auch eine theoretische, reflektierende Dimension als Teil des sozialen Erbes der Kirche hob Delikostantis hervor: Die Kirchenväter hätten ihren Einsatz gegen soziale Missstände auch theoretisch untermauert und nicht nur „die individuelle, sondern auch die soziale Dimension der Sünde“ herausgestellt. Zwar seien die großen orthodoxen Theologen „gewiss keine Wirtschaftsexperten“ gewesen, „sie kannten jedoch den Sinn und das Ziel der Wirtschaft: Die Ökonomie muss der menschlichen Person dienen, nicht der Maximierung des Profits und der Steigerung der wirtschaftlichen Macht zulasten der Schwächeren“. Schon der Begriff „oikonomia“ – aus „oikos“ und „nomos“ zusammengesetzt – bedeute, „das Haus richtig verwalten“, „hauszuhalten“, um gute Lebensbedingungen für alle zu schaffen.

Delikostantis ging auch auf die starke eschatologische Ausrichtung der Orthodoxie ein, „die verbunden ist mit dem Glauben an die Vergänglichkeit der geschichtlichen Mächte, an die Brüchigkeit der Institutionen, an die Vorläufigkeit aller weltlichen Einrichtungen“. Nach orthodoxem Glauben sei der Mensch in dieser Welt „nicht Bürger (πολίτης), sondern Wanderer (ὁδίτης)“. Diese Auffassung habe zwar die bekannte – und vor allem westlicherseits vielkritisierte –

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BULGARIEN**

DR. ANGELIKA KLEIN

September 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/bulgarien](http://www.kas.de/bulgarien)

„Distanz des Gläubigen gegenüber den Strukturen der Welt zur Folge“, was aber mitnichten Indifferenz bedeute. Delikostantis widersprach der verbreiteten Ansicht, dass die Ostkirchen aufgrund einer Überbetonung des „Jenseits“, also der seelischen Erlösung und spirituellen Dimension, das Diesseits vernachlässigten und sich ihre Fürsorge in der Person erschöpfe, während sie gegenüber der institutionellen Dimension des sozialen Lebens gleichgültig blieben.

Vor allem das Mönchtum habe den „starken eschatologischen Geist“ mit dem „starken sozialen Instinkt“ der östlichen Kirche auf beispielhafte Weise verbunden. Die gelebte klösterliche Gemeinschaft (Koinobion) sei nämlich nicht nur kultisch, sondern auch als „Arbeitsgemeinschaft“ zu verstehen. Hier sei der „Geist der Gegenseitigkeit und der Solidarität“ gepflegt worden, „in einer Welt, die den Sinn für soziale Verantwortung und den Zusammenhalt zu verlieren schien“. Im Mönchtum stehe die soziale Natur des Menschen im Vordergrund, während jeder Individualismus als „zerstörerisch“ gelte: „Die großen Kirchenväter glaubten, dass die ganze Gesellschaft auf gemeinschaftlicher Basis organisiert werden könnte. Dieser zönotische Geist ist im Leben der orthodoxen Völker bis heute durchaus präsent und feststellbar“, merkte Delikostantis an.

Im Gegensatz zu dem westlichen sehe sich der orthodoxe Christ zuerst als Teil einer Gemeinschaft – und erst danach als Individuum: „Die Menschenwürde, die sich ihrer selbst als Geschenk der göttlichen Gnade bewusst wird, pocht hier nicht auf die Ableitung bestimmter Rechte für sich selbst, sondern sie sieht sich in die Ordnung der Liebe hineingestellt, die nur in der ständigen Selbstüberwindung an den Nächsten verwirklicht werden kann“. Daher lasse sich der Unterschied zwischen westlichem und östlichem Christentum anhand der bekannten Lutherischen Bestimmung der Freiheit des Christenmenschen wie folgt formulieren: „Hat das westliche, individualistische Christentum den ersten Teil von Luthers Doppelformel der christlichen Freiheit weiterentwickelt: ‚Der Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemandem untertan‘, so liegt der Nachdruck des ostkirchli-

chen Christentums auf dem zweiten Teil des Freiheitsbriefes der Christenheit: ‚Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan‘“.

Wie der westliche Mensch, so Delikostantis, das Grundprinzip des Liberalismus, die individuelle Freiheit nicht angezweifelt oder eingeschränkt sehen möchte, so fühle sich der orthodoxe Mensch „zutiefst entfremdet (...), wenn die Gemeinschaftlichkeit und die Solidarität ignoriert oder negiert werden“. Von daher sei es „nicht von ungefähr, dass die heutige weltweite Wirtschaftskrise in den orthodoxen Ländern vornehmlich als Krise der Solidarität wahrgenommen wird“. Die Orthodoxie, so das Fazit, habe jedenfalls „einen klaren Sinn für die soziale Substanz des Christentums“.

In diesen Zusammenhang stellte Delikostantis auch die Sozialkonzeption der Russischen Orthodoxen Kirche, die auch als Reaktion gegen die „Auswüchse des westlichen eudämonistischen Individualismus“ zu lesen sei. Die westliche demokratische offene Gesellschaft habe einerseits zwar viel Freiheit und Wohlfahrt ermöglicht, andererseits aber auch einen „unbändigen Individualismus“ – den Typus des „homo clausus“, des „in sich geschlossenen, nicht-solidarischen Menschen“ – hervorgebracht. Dieser sei jedoch ein „defizienter“, da einseitiger „Modus menschlicher Existenz“.

*Von einer Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu einer Gerechtigkeit der Gesellschaft:*

*Vom Helfen zum Gestalten*

Vor diesem Hintergrund hob Delikostantis noch einmal hervor, dass sich kirchliches Handeln im Osten nicht auf „Mikrodiakonie“ beschränke, die situativ und auf den einzelnen Bedürftigen bezogen hauptsächlich „kurzfristig-therapeutisch“ wirke. Er betonte deren „makrodiakonische“ Dimension, die immer schon „langfristig, organisierend, kritisierend, sich einsetzend gegen soziale Ungerechtigkeit, nicht nur helfend, sondern auch gestaltend und die Möglichkeiten der jeweiligen Gegenwart verwertend“ gewirkt habe.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BULGARIEN**

DR. ANGELIKA KLEIN

September 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/bulgarien](http://www.kas.de/bulgarien)

Heute stehe die Kirche vor neuen Möglichkeiten und Herausforderungen. Dabei würden strukturelle und institutionelle Maßnahmen immer wichtiger – um die Not nicht nur zu bekämpfen, sondern auch deren Ursachen zu entdecken und aufzuheben: „Die von jeher sozialorientierte Orthodoxie ist heute aufgerufen, ihre soziale Substanz unter den neuen kulturellen Gegebenheiten zu aktualisieren, die Zeichen der Zeit zu erkennen und ernst zu nehmen“, betonte Delikostantis. Die orthodoxe Theologie müsse die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Dimensionen der zeitgenössischen Rahmenbedingungen kritisch reflektieren und ihre eigene soziale Präsenz und Wirkung daran ausrichten. Die Kirchen hätten viel geleistet für die „Gerechtigkeit *in* der Gesellschaft“ – es komme nun aber auch darauf an, sich stärker für die „Gerechtigkeit *der* Gesellschaft“ einzusetzen, sich gegen „Entwicklungen, Tendenzen und Institutionen aufzuheben, die die Würde des Menschen verletzen“ und auf die Etablierung einer „Kultur der Solidarität“ hinzuwirken.

Die Auseinandersetzung mit der Moderne, insbesondere in Fragen der Sozial- und Wirtschaftsordnung, sei die „vorrangige Aufgabe der christlichen Kirchen“, zitierte Delikostantis die ebenfalls anwesende Wiener Sozialethikerin Prof. Ingeborg Gabriel. Dabei dürften weder die individuelle, noch die soziale Dimension überbewertet oder gegeneinander ausgespielt werden. Ebenso wenig dürften die Errungenschaften der Moderne immerzu an deren Missbrauch gemessen und diskreditiert werden: „Wir orthodoxe Theologen müssen endgültig Schluss machen mit der Identifizierung der Moderne mit ihren negativen Auswüchsen!“, so der Appell.

Ein systematisches und programmatisches „Wert- und Normsystem“ oder eine „offizielle lehramtliche Soziallehre“ gehöre zwar nicht „zur Tradition der Orthodoxie“. Dies bedeute aber nicht, hielt Delikostantis noch einmal fest, dass sie angesichts der sozialen Herausforderungen schweige: „Die Orthodoxie hat keine systematische Soziallehre, dafür aber eine sehr reiche Tradition situativer theologischer Stellungnahmen zu zentralen Themen der Sozialethik. Sie hat auch

eine immense, gut organisierte karitative und soziale Tätigkeit aufzuweisen, in deren Mitte die konkrete Person steht, unabhängig von ihrem gesellschaftlichen und politischen Hintergrund. Diese Kultur der Solidarität hat nichts an Wert und Aktualität verloren.“ Das Fehlen einer systematischen Soziallehre bedeute aber auch ebensowenig, dass es dabei bleiben müsse, betonte Delikostantis. Er verwies auf die Initiative der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) sowie auf die Stellungnahme der „Gesamtorthodoxie“ von 1986, die in ihrer dritten Präkonziliaren Konferenz von Chambésy/Genf ihre Haltung zu dringlichen sozialen, politischen und ethischen Problemen zum Ausdruck gebracht habe.

Die vorhandenen Ansätze gelte es weiterzuentwickeln. Von der Katholischen Soziallehre zu lernen, in deren Grundprinzipien der Solidarität, Subsidiarität und des Gemeinwohls auch gesamtchristliche Anliegen und Perspektiven aufzuzeigen und diese für die eigenen Tradition zu entdecken und fruchtbar zu machen, könne dabei eine Bereicherung sein.

Die orthodoxen Kirchen, so Delikostantis, seien heute aufgerufen, sich weiterhin karitativ zu betätigen und gleichzeitig zum Aufbau einer solidarischen und gerechten Gesellschaft beizutragen. Dabei könne und solle kirchliches Handeln zwar nicht die Politik ersetzen, aber politische und gesellschaftliche Initiativen unterstützen, die zur „Humanisierung, Versöhnung, zur Aufhebung von Elend und Gründung gerechter Ordnungen führen“. Die Kirchen sollten konsumistischen und anti-solidarischen Tendenzen die Stirn bieten, sich gegen eine von wirtschaftlichen Prinzipien dominierte Politik wenden und die Priorität der Würde der Person und der sozialen Gerechtigkeit in den Vordergrund stellen. Wer das biblische Liebesgebot ernst nehme, bleibe nicht „bei der äußerst wertvollen tätigen Hilfe zum Nächsten stehen“, sondern müsse auch den nächsten Schritt tun, resümiert Delikostantis: „Er muß sich einsetzen gegen die Ursachen der Ungerechtigkeit und für den Aufbau einer Gesellschaft, deren oberster Wert die Würde des Menschen ist.“



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BULGARIEN**

DR. ANGELIKA KLEIN

September 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/bulgarien](http://www.kas.de/bulgarien)

#### IV. Sozialethische Fragen unter dem Menschenrechtsaspekt

Prof. Rudolf Uertz von der KAS in Sankt Augustin betrachtete die Frage sozialer Verantwortung aus dem Blickwinkel der Menschenrechte. Diese leitete er aus der Institutionalisierung einer Verantwortungsethik her, deren Genese er zunächst skizzierte.

Der Begriff der Verantwortung sei Anfang des 20. Jahrhunderts durch den Soziologen Max Weber populär geworden, der die Verantwortungsethik als die dem demokratischen und pluralistischen Gemeinwesen adäquate normative Ethik bezeichnet habe. Im Zentrum stehe dabei die Vorstellung, dass der Mensch für sein Handeln Rechenschaft ablegen müsse – vor möglichen Instanzen wie Gott oder dem eigenen Gewissen, den Mitmenschen oder auch sozialen und politischen Institutionen, womit auch Nichtgläubigen die Fähigkeit zu moralischem Handeln zugesprochen wurde. Die Verantwortungsethik sei nicht nur theologisch, sondern auch anthropologisch begründbar und setze den Menschen als moralisches Subjekt mit einem freien Willen voraus.

Der Beitrag der katholischen und evangelischen Theologie und Kirche zur Entwicklung systematischen ethischen Denkens sei jedoch erheblich gewesen. Uertz wies ebenfalls auf die Industrie- und Arbeiterfrage des 19. Jahrhunderts als Motor der modernen katholischen und evangelischen Sozialethik hin sowie auf die tragende Rolle der Laien in diesem Prozess. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts seien nicht nur die ersten kirchlich-karitativen Institutionen und Sozialverbände entstanden, sondern auch christliche politische Parteien – in Deutschland vor allem die katholische Zentrumsparterie und der evangelische Christlich-Soziale Volksdienst. Diesen gesellten sich nach der Jahrhundertwende christliche Gewerkschaften hinzu, die im Unterschied dazu *interkonfessionell* ausgerichtet gewesen seien: Erstmals wirkten hier Katholiken und Protestanten öffentlich zusammen, was im damaligen Deutschland eine Novität gewesen sei. Dieses Merkmal der christlichen Gewerkschaften habe nach 1945 auch als Vorbild für die Gründung der interkonfessionel-

len Volksparteien CDU und CSU gedient. „Es ist unübersehbar“, so Uertz, „dass die Begegnung von Katholiken und Protestanten in einer christlich-demokratischen Partei die sozialethische Argumentationsfigur der Verantwortungsethik nicht nur in Politik und Öffentlichkeit, sondern auch im innerkirchlichen Bereich wesentlich zu profilieren vermag.“

Schließlich, so Uertz, habe die Verantwortungsethik auch Eingang in die Soziallehre Papst Johannes XXIII. gefunden. Die Sozialenzykliken *Mater et magistra* (1961) und *Pacem in terris* (1963) sowie die Dokumente des II. Vatikanischen Konzils (1962–1965) hätten die veränderten gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse „scharfsichtig diagnostiziert“ und ein „neues Verhältnis der Kirche und Sozialethik zur pluralistischen Gesellschaft sowie zu einer erneuerten Weltverantwortung des Christen grundgelegt“. Johannes XXIII. erkenne in seiner Enzyklika *Pacem in terris* (1961) zudem die bürgerlichen Menschenrechte an und bezeichne die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ von 1948 als notwendige Grundlage friedlicher und gerechter innerstaatlicher und internationaler Ordnungen.

Der „sozialethische Paradigmenwechsel“ Johannes XXIII. und des II. Vatikanischen Konzils habe dabei „keine fundamentalen theologischen und biblisch begründeten Positionen berührt“. Vielmehr, betonte Uertz, habe er gezeigt, daß sich die Menschenrechte „aus der Natur der Dinge selbst und aus dem Naturrecht“ ableiten ließen.

In dem Konzilsdokument *Dignitatis humanae* (1965) werde mit der Würdigung der Religionsfreiheit schließlich „das letzte größere Hindernis der Anerkennung liberaler Menschenrechte durch die Sozialethik der Kirche beiseite geräumt“. Und die Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* (1965) erkenne mit ihrer „Differenzierungsthese“, also „der systematischen Unterscheidung zwischen christlicher Existenz im kirchlich-sakramentalen Bereich einerseits und dem Verantwortungsbereich des Christen als

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BULGARIEN**

DR. ANGELIKA KLEIN

September 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/bulgarien](http://www.kas.de/bulgarien)

Staatsbürger andererseits“ die Eigenverantwortung und (relative) Autonomie des Weltlich-Gesellschaftlich-Kulturellen an. Fortan beschränkte sich die kirchliche Lehre auf sittliche Ermahnungen, enthalte sich jedoch der Einmischung in den autonomen Bereich.

Damit habe auch die Kirche den Weg freigemacht für die Befürwortung „subjektiver, auch gegen den Staat gerichteter Grundrechte und zu einem modernen Gemeinwezens in seiner pluralistischen Gestalt“.

Uertz betonte, dass nur die individuellen und prinzipiell einklagbaren Grund- und Menschenrechte Schutz vor einer übergroßen Staatsmacht (oder auch religiösen Autoritäten) böte, die die Rechte des Einzelnen negiere oder willkürlich handle. Deren Einklagbarkeit sei ihr entscheidendes Kennzeichen: Es handele sich dabei nämlich nicht um Rechte, die gewährt oder auch versagt werden können, sondern um Rechtsansprüche mit Rechtsweggarantie.

Darin liege auch im sozialen Bereich der entscheidende Unterschied zwischen Hilfsleistungen, die auf Barmherzigkeit oder Großzügigkeit beruhten und Mindeststandards, die gesetzlich geregelt und einklagbar seien. In diese Richtung, merkte Uertz an, habe sich auch das Menschenrechtsdenken über die klassischen liberalen Abwehrrechte hinaus hin zu sogenannten „Anspruchsrechten“ entwickelt, die inzwischen auch soziale Teilhaberechte (Solidarrechte) sowie ferner Kollektivrechte (das Recht auf eine intakte Umwelt, Frieden u.a.) umfassten.

Deren Vereinbarkeit mit dem Fundament und Auftrag der christlichen Kirchen sei dabei unschwer zu erkennen. Sie liege, so Uertz, in der Verantwortung jedes einzelnen Menschen als Ebenbild Gottes für sich, seine Nächsten und die Schöpfung Gottes.

## V. Länderbeispiele

### „Elend und Pracht“ in Russland und die Antwort der ROK

Wie weit viele der osteuropäischen Länder von dem geforderten Verantwortungsdenken entfernt sind, machten die darauffolgenden Länderbeispiele deutlich. Die extreme Scherenentwicklung in der Russischen Föderation wurde durch Dr. Konstantin Kostjuk, Direktor des Direct-Media-Verlags Moskau aufgezeigt, bevor die Entsandte des Instituts für Außenbeziehungen der Moskauer Patriarchats, Margarita Nelyubova, auf die Haltung der Kirche diesbezüglich einging.

*„Bojarentum“ – „Parteinomenklatura“ – „oligarchischer Kapitalismus“*

Für die Zuspitzung gesellschaftlicher Unterschiede bot Kostjuk zunächst eine historisch-soziologische Erklärung: mit seinem „hoffnungslosen Leibeigentum und prachtvollen Absolutismus“ sei Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Agrargesellschaft gewesen und „kulturell nicht auf das Tempo einer einholenden Modernisierung vorbereitet“. Die Kluft zwischen „Bauer und Bojar“ habe sich in eine Kluft zwischen „Kapitalist und Arbeiter“ verwandelt. Auch die im Sozialismus ursprüngliche Idee von Gleichheit und Gerechtigkeit habe sich ins Gegenteil verkehrt und die sozialen Unterschiede nicht etwa abgeschafft, sondern einen Graben zwischen Parteinomenklatura und Bevölkerung geschaffen und vertieft.

Die soziale Dichotomie zwischen Reich und Arm bezeichnete Kostjuk somit als eine „jahrhundertlange Konstante der russischen Geschichte“. Sie habe zu einem Mangel an Erfahrung mit anderen Gesellschaftsmodellen und dem Fehlen einer Mittelklasse geführt – ein Problem, das auch nach den neunziger Jahren bestehen geblieben sei.

Und mehr als das: „Das Rohstoffprofil der neuen Industrie“, so Kostjuk, habe die Situation zusätzlich verschärft und eine weitere „ungesunde wirtschaftliche Entwicklung“ bewirkt, die zu einer neuen sozialen Grabengesellschaft geführt habe: dem „oligar-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BULGARIEN**

DR. ANGELIKA KLEIN

September 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/bulgarien](http://www.kas.de/bulgarien)

chischen Kapitalismus“. Zu den Ursachen gehöre die Tatsache, dass das staatliche Eigentum auf „Abenteurer und die Parteielite“ übergegangen sei: „Die neuen Eigentümer waren die Erben großer Staatswerke und von Anfang an Oligarchen“, konstatierte Kostjuk. Deren Position habe sich verfestigt und ausgebaut: allein zwischen den Jahren 2001 und 2008 habe sich die Zahl der Milliardenäre von 8 auf 87 erhöht. Die größten Verlierer dieser Entwicklung seien hoch gebildete Arbeitskräfte – Beamte, vor allem Lehrer – und die Bewohner der Provinz. Auf dem Land, so Kostjuk, betrage der Anteil der Ärmsten bereits mehr als 30%. Zwar gebe es Sozialprogramme, doch sei deren Beitrag so niedrig, dass sich ein Antrag kaum lohne.

Die Weltwirtschaftskrise habe die Situation weiter verschlechtert. So sei das BIP 2009 um fast 7% gefallen, was eines der schlechtesten Ergebnisse in Europa und der 20 größten Industrienationen bedeute. Eine weitere Verschärfung der sozialen Situation und ihrer Widersprüche sei die Folge.

*„Almosen stabilisiert die Armut“*

Dieses „wachsende Elend in Russland“, das Handlungsbedarf geradezu erzwingt, bezeichnete Kostjuk als eine der größten Herausforderungen für die ROK. Armut sei in der Orthodoxie positiv konnotiert – als Entsagung des Weltlichen und Hinwendung zum Heiligen. Auch Barmherzigkeit habe darin ihren festen Platz. Damit aber würden bestehende Unrechtsverhältnisse zementiert. Dies, so Kostjuk, müsse sich ändern: Die Kirche müsse eine sozialetische Haltung einnehmen, die zu Arbeit und Wohlstand motiviere. Russland brauche eine neue Sozialordnung – eine Aufgabe, an der die Kirche mitwirken müssten. Gerade in konkreten Fragen – der Unternehmensverantwortung, Arbeitslosigkeit, sozialen Absicherung u.a. – solle und müsse sie Stellung beziehen.

*Die Sozialkonzeption der ROK – eine zureichende Antwort auf die Herausforderungen der Moderne?*

Die Vertreterin der ROK, Margarita Nelyubova, hielt dem die Sozialdoktrin der ROK entgegen, wie sie im gleichnamigen Dokument aus dem Jahre 2000 programmatisch formuliert sei. Damit ginge die ROK über den bisherigen sozialetischen Ansatz von Almosen und Barmherzigkeit hinaus. Das Ergebnis sei eine Konzeptionalisierung der sozialetischen Überzeugungen der ROK in einer pluralistischen und säkularen Gesellschaft und biete eine systematische Positionierung zu einer Reihe von gegenwärtigen sozialen Fragen. Darüberhinaus enthalte es sozialetische Leitlinien und Handlungsanweisungen für den Klerus und dessen auch praktisches soziales Engagement.

Die Systematisierung biete den Vorteil klarer Richtlinien in den eigenen Reihen und den säkularen Partnern eine kohärente Einblicksmöglichkeit in die Positionen der Kirche – und sei damit eine wichtige Grundlage für Dialog und Zusammenarbeit.

Die Notwendigkeit für ein solches Dokument sei schon früher zutage getreten, aus historisch-politischen Gründen hätte aber lange nicht die Möglichkeit dazu bestanden. Seit 1980 hätten Kirchenvertreter gelegentliche Statements zu relevanten Einzelfragen verlautbaren lassen, meist aber ohne Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit. Diese divergierten zudem, hätten zu Kontroversen, Missverständnissen und Fehlinterpretationen geführt oder seien schlichtweg überholt gewesen. Die Erfordernis, die Aussagen zu bündeln und eine Klarstellung sowie (Neu)Positionierung der Kirche durch die Kirchenautoritäten selbst vorzunehmen, sei evident geworden.

Das Ergebnis, so Nelyubova, verstehe sich jedoch nicht als ein „unerschütterliches Dogma“, sondern öffne sich der Weiterentwicklung und dem Dialog.

*„Seine Besonderheit liegt darin, das erste orthodoxe Dokument dieser Art zu sein“*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BULGARIEN**

DR. ANGELIKA KLEIN

September 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/bulgarien](http://www.kas.de/bulgarien)

Schon aufgrund seiner Eigenschaft, das erste orthodoxe Dokument dieser Art zu sein, habe die Positionsschrift viel Aufmerksamkeit erfahren. Das Konzept sei breit rezipiert und von der Gesellschaft angenommen worden, hätte in zahlreichen nationalen wie internationalen Publikationen und Konferenzen die Diskussion angestoßen und überhaupt eine Diskussionsgrundlage hergestellt, die nicht zuletzt auch von den Universitäten herangezogen werden könne.

Darüberhinaus habe das Grundsatzpapier auch Impulse für die spezielle Weiterentwicklung bestimmter Themen in Folgepapieren gegeben, etwa zur Haltung nicht-orthodoxen Glaubensrichtungen gegenüber (2000), zur Jugendarbeit (2002), zum Thema „HIV/AIDS“ (2004), zu ethischen Prinzipien in Wirtschaftsfragen (2004), zum Missionsverständnis der ROK (2007) und schließlich zur viel diskutierten Erklärung zur Menschenwürde und den Menschenrechten (2008).

Freilich, so Nelyubova, geben die vorliegenden Publikationen nicht auf alle Fragen eine Antwort, lieferten aber wichtige Denkanstöße und beförderten den fruchtbaren Austausch der Kirche mit Staat und Gesellschaft. Gegen die Kräfte, die für eine Isolation der Kirche von der Gesellschaft mit dem Argument plädierten, sie vor einer „Korruption ihrer Werte“, vor Verletzung ihrer „moralischen Integrität und Identität“ und vor Kompromissen schützen zu wollen gelte es, die Kirche als aktiven sozialen Player in der Zivilgesellschaft zu etablieren und in einen offenen Dialog auch mit säkularen Partnern zu bringen.

Dieser Prozess habe bereits begonnen: die Kirche spiele eine immer aktivere Rolle im gesellschaftlichen Leben und werde in der noch jungen russischen Zivilgesellschaft, wo der NGO-Sektor sich erst noch entwickle, in vielen sozial relevanten Bereichen als Vorreiter betrachtet.

Auch über Russland hinaus werde es im „global village“ immer wichtiger, so Nelyubova resümierend, dass die orthodoxen Kirchen auch untereinander ihre „Uhren syn-

chronisieren“ und zu gemeinsamen sozial-ethischen Positionen finden.

*Die Position der ROK: Referenzpunkt für alle oder russischer Sonderweg?*

Indirekte Bedenken wurden aus Weißrussland geäußert, direkte Kritik an der Position der ROK aus den anderen orthodoxen Ländern: Eine „Synchronisierung“ der Uhren sei zwar notwendig, der Takt dürfe aber nicht von der ROK vorgegeben werden. Die Vorstellung einer „territorialen Einheit“ von Kirche und Land und die Beanspruchung der Deutungshoheit der ROK etwa über die Ukraine, Weißrussland und Moldawien als Gebiet der „heiligen Rus“ sei inzwischen überholt. Die drei kennzeichnenden Elemente – orthodoxer Glaube, russische Sprache und eine gemeinsame „russische Seele“ – würden der pluralistischen Realität nicht gerecht, deren geopolitische Motivation würde zudem oftmals verkannt. Hinter der Vorstellung eines „kanonischen Territoriums“ verberge sich ein „Machtanspruch mit theologischer Begrifflichkeit“. Auch an der historischen Richtigkeit dieser Idee erhoben sich Zweifel. Der Gedanke wurde laut, dass sie sich in der Gesamthodoxie nicht (mehr) durchsetzen und keine Zukunft haben werde.

Eine Vorstellung, die zudem einen „Sonderweg“ zur Folge habe: eine stark kulturalistische Sichtweise, wonach Russland einen anderen Weg gehen solle als der säkularisierte Westen, dessen liberale Ordnung als religionsfeindlich betrachtet werde. In diesem Zusammenhang wurde auch die ablehnende Haltung der ROK bezüglich des universalen Verständnisses von Individualität und Menschenrechten diskutiert. Die Denkfikur, dass der Einzelne Rechte habe gegenüber dem Staat (oder der vorherrschenden religiösen Macht) werde von der ROK nicht akzeptiert, da sie die Person weiterhin der Gemeinschaft und bestimmten Vorstellungen von „moralischem Wohlverhalten“ unterordne. Dabei werde theologisch argumentiert und die Deutungshoheit der Kirche nicht abgegeben: Menschenrechte seien kontingent und nur Gott absolut. Diese Gegenüberstellung von Anthropozentrik und Theozentrik verkenne jedoch, dass „Gott“ durch

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## BULGARIEN

DR. ANGELIKA KLEIN

September 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/bulgarien](http://www.kas.de/bulgarien)

den Menschen herrsche und durch den spreche, der ihn interpretiere.

Insgesamt wurde deutlich, dass die Sozialkonzeption der ROK weniger als „vorbildhaft“, denn als „innere Herausforderung“ empfunden wurde. Es wurde dafür plädiert, das „Überlegenheitsgefühl“ einer vermeintlich homogenen „orthodoxen Kultur“ und einen „neuen Nationalismus“, der sich gegen den Westen stelle oder sich „moralisch“ über ihn erhebe, nicht zuzulassen. Vielmehr müsse sich der Kultur- und Identitätsbegriff der Orthodoxie vom „Container-Modell“ verabschieden: Kulturen seien keine klar abgegrenzten oder abgrenzbaren hermetischen Gebilde, sondern Organismen – in beständigem, lebendigem Wandel begriffen, vielfältig und heterogen.

### **Moldawien zwischen Russland und der EU: Die „innere Zerrissenheit“ der Kirche als Spiegel „geopolitischer Zerrissenheit“**

Die Problematik geopolitischer Zerrissenheit, die sich auch in der Spaltung der orthodoxen Kirche in einen russischen und einen rumänischen Teil niederschlägt, erläuterte Dr. Dumitru Cotelea, Experte am Forschungsprojekt „Orthodoxe Soziallehre“ des rumänisch-moldawischen Instituts „INTER“, anhand der Situation in der Republik Moldawien.

Für die bestehende „geistige Krise“ Moldawiens machte Cotelea in erster Linie den Werteverlust aufgrund der kommunistischen Zeit sowie die mangelnde Aufarbeitung und Bewältigung der Vergangenheit verantwortlich. Moldawien befinde sich „auch zwei Jahrzehnte nach Erlangung der Unabhängigkeit in einer Transition, die die totalitäre Vergangenheit (ständig anwesend) von der demokratischen Zukunft (ständig erwünscht und begehrt) abgrenzt“.

Die politische und wirtschaftliche Integration in den westlichen Raum werde zudem durch die Abhängigkeit von der russischen Wirtschaft und Energieressourcen erschwert, was die harte wirtschaftliche Krise Moldawiens in den Jahren 2000-2001

als Folge der russischen Finanzkrise bestätigt habe. Der Orientierung am Markt der Europäischen Union müsse daher Priorität eingeräumt und ein Abkommen über eine Freihandelszone zwischen Moldawien und der EU angestrebt werden.

Die politische Führung, so Cotelea, sei zu wirtschaftlichen Reformen bisher jedoch nicht in der Lage gewesen – vor allem aufgrund von Korruption, Nepotismus und Zwietracht in den eigenen Reihen. Auch in Moldawien seien politische und wirtschaftliche Schlüsselfunktionen von der ehemaligen Parteilite „geerbt“ worden – mit dem Ziel, ihre Machtposition zu bewahren. Dies habe zu mafiotischen Klan-Strukturen bis hin zum Krieg in Transnistrien geführt, der wesentlich auf geopolitische Interessen Russlands zurückzuführen sei.

Als weiteres Problem nannte Cotelea multiethnische Konflikte sowie massive Arbeitsmigration und „brain-drain“ aufgrund der schlechten Lebensbedingungen. Diejenigen, die nicht in die EU fliehen oder auswandern konnten, seien visumfrei nach Osten migriert: allein von 1991-2008 habe Moldawien etwa 40% seiner Arbeitskraft verloren. Zudem habe die mangelnde politische Bildung und Aufarbeitung der Vergangenheit sowie die Überalterung der Bevölkerung dazu geführt, dass – vor allem auf dem Land – Moldawien zu einer „letzten Oase für Sowjetnostalgiker“ geworden sei, die von den „guten alten Zeiten“ träumten und Lösungen allein vom Staat erwarten.

Die Parlamentswahlen von 2009 hätten erstmals neue Voraussetzungen geschaffen – die Kommunistische Partei sei abgewählt worden und die „Allianz für Europäische Integration“ – gebildet aus vier liberalen und demokratischen Parteien – an die Macht gekommen. Die aktuelle Regierung orientiere sich gen Westen und weise eine „standhafte pro-europäische Richtung“ auf. Der Weg dahin aber, so Cotelea, sei noch weit, denn auch die Allianz habe mit Korruption und Zwistigkeiten zu kämpfen.

Dennoch erwache damit auch die Kirche aus der bis 2009 anhaltenden Verklammerung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BULGARIEN**

DR. ANGELIKA KLEIN

September 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/bulgarien](http://www.kas.de/bulgarien)

mit der Kommunistischen Partei. Sie könne nun glaubhaft ihre Stimme erheben, die Entscheidungsträger an ihre Verantwortung erinnern und das ethische Bewusstsein der Eliten prägen. Erste Bemühungen gebe es bereits – so habe etwa Metropolit Vladimir sich in seiner Dissertation wirtschaftlichen und ethischen Fragen im Management gewidmet und den christlich-orthodoxen Expertenrat „Wirtschaft und Ethik“ gegründet – die Ergebnisse bleiben allerdings noch aus. Erstmals bestehe jedoch eine Chance dazu.

#### **Erneuerung aus Ruinen: die Albanische Orthodoxe Kirche**

Auch die Albanische Orthodoxe Kirche (AOK) steht vor einem Neuanfang. Die Kirche im ehemals atheistischen und völlig isolierten Albanien hatte von allen europäischen Ländern am meisten zu leiden – 1967 wurde ein absolutes Religionsverbot erlassen, die Kirche in jeder Hinsicht zerschlagen, ihre Gebäude sind zerstört, Priester ermordet worden.

Mit einer eindrucklichen Bildpräsentation machte Ana Baba, Sozialreferentin der AOK, die gewaltige Aufbauleistung sichtbar, welche die AOK seit dem Sturz des kommunistischen Regimes unternommen hat. Unter der Leitung ihres neuen Oberhauptes Anastasios Yannoulatos, des griechischstämmigen Erzbischofs von Tirana, habe das religiöse Leben und die Restaurierung von Kirchen sozusagen „aus dem Nichts“ heraus einen immensen Aufschwung erlebt. Baba dokumentierte auch die enormen sozialen Anstrengungen, die seitens der Kirche unternommen wurden, um karitative Einrichtungen und soziale Netzwerke zu schaffen. Sozialethische Reflektionsleistungen stünden dabei noch aus – die Kirche müsse „sich erst wiederfinden“, doch zeigte sich Baba für die Zukunft optimistisch.

#### **Die orthodoxen Kirchen der neuen EU-Länder Rumänien und Bulgarien angesichts veränderter Voraussetzungen und Rahmenbedingungen**

Anders stellte sich die Situation in den neuen EU-Ländern Rumänien und Bulgarien

dar. Prof. Bojidar Andonov von der Theologischen Fakultät der Universität Sofia betonte die Bedeutung einer sozialetischen Positionierung der BOK angesichts der spezifischen Situation in Bulgarien und konstatierte Fortschritte: Die BOK habe hierfür zwar noch kein umfassendes systematisches Dokument herausgebracht, aber einzelne Positionspapiere und Leitlinien erstellt. Diese Dokumente könnten erste Schritte zur Erarbeitung einer auch grundlegenden Programmatik sein.

Zudem habe die BOK in den vergangenen Jahren vermehrt mit Wohltätigkeitsprogrammen zur Unterstützung von Kranken und Alten, Waisen und Arbeitslosen auf sich aufmerksam gemacht. Die BOK sehe sich dabei der Würde und Gottebenbildlichkeit des Menschen verpflichtet, unabhängig von seinem Stand in der Gesellschaft. Andonov machte zudem konkrete Vorschläge zur Organisation der Wohlfahrt in Bulgarien auf der Gemeinde- und Diözesanebene und plädierte für eine Anpassung der Kirchenstruktur und -satzung an die neuen Verhältnisse und Bedürfnisse im Lande.

*Rumänien: Vom „Reparieren“ zum „Reformieren“*

Auch für Rumänien stellte Radu Preda, Professor an der Fakultät für Orthodoxe Theologie der Universität Klausenburg und Leiter des interkonfessionellen Instituts „INTER“, zunächst das beachtliche soziale Engagement der Rumänischen Orthodoxen Kirche (RumOK) im Konkreten dar: 2009 habe die RumOK um die 400 diakonische Einrichtungen verzeichnet – davon vor allem Waisenhäuser und Altersheime, Kindergärten und Familienberatungszentren, Zentren für Opfer häuslicher Gewalt und Menschenhandel, Gesundheitszentren, Armen- und Obdachlosenküchen u.a. Allein durch diese Zentren liefen 335 Sozialprogramme, die mit staatlichen und europäischen Geldern von ca. 10 Millionen im Jahr finanziert würden. Etwa 630.000 Personen hätten im Jahr 2009 davon profitiert.

Einrichtungen für die erschreckend hohe Zahl an Waisen- und Straßenkinder stünden dabei an erster Stelle, gefolgt von Zentren

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## BULGARIEN

DR. ANGELIKA KLEIN

September 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/bulgarien](http://www.kas.de/bulgarien)

für die wachsende Zahl älterer Menschen, nachdem 35% der jüngeren Leute ausgewandert seien – Tendenz steigend. Zu Hause geblieben, so Preda ironisch-bitter, seien nur „Popen, Politiker und alte Menschen“. Auch der Bedarf an Armenküchen wachse. Wegen des Preisanstiegs sei die Verarmungsrate äußerst hoch und betreffe vor allem Rentner und die Landbevölkerung. Das Lohngefälle sei enorm: während hohe Beamte bis zu 30.000 Euro monatlich bezögen, müsse ein Wissenschaftler mit ca. 300 Euro auskommen. Damit sei er von der globalen akademischen Welt abgeschnitten, da er sich weder Bildungsmittel (z.B. Bücher) noch Forschungsaufenthalte leisten könne.

Die Kirche übernehme hier viel Verantwortung und habe bereits Bemerkenswertes geleistet. Ihre zahlreichen Initiativen, das beispielhafte soziale Engagement auch auf der Gemeindeebene, verdiene unstrittig Anerkennung im Konkreten. Es lenke aber – und damit kam Preda zum Kern seiner Kritik – vom Grundsätzlichen ab. Preda konstatierte eine „Unstimmigkeit zwischen Theorie und Praxis“: die notwendige Reflektionsebene werde zuweilen in Aktionismus erstickt oder durch diesen bemäntelt. Die RumOK, so Preda „habe sich dem Konkreten so intensiv gewidmet, dass das Sprechen darüber in den Hintergrund geraten sei“, sie habe sich „dem Übel gewidmet, aber das Übel nicht beim Namen genannt“. Dies gelte insbesondere für die blühende Korruption, die Preda als eines der größten Probleme in Rumänien bezeichnete. So setze sich die Kirche zwar für die Opfer von Korruption ein, arbeite jedoch das Phänomen als solches nicht auf. Dies, beklagte Preda, sei nicht nur mit der Abhängigkeit der Kirche vom Staat zu erklären, sondern mit Korruption und fehlender Budget-Transparenz auch in Kirchenkreisen selbst. Interne strukturelle Missverhältnissen und „Klassenunterschiede“ kämen hinzu: die „Temperatur des sozialen Organismus“ stimme nicht mehr – das „Ministergehalt“ der Bischöfe stehe im krassen Gegensatz zum „Obolus“, mit dem sich ein Priester begnüge. Die Relation zwischen Gemeinwohl und persönlichem Wohl sei gestört, der „Gemeinwohlbegriff“ in den orthodoxen Kirchen „noch nicht angekommen“. Der erste Schritt wäre, auch selbst zu

tun, was man von anderen erwarte. Preda appellierte an die RumOK, diesen Schritt zu gehen und zunächst vor der eigenen Tür zu kehren, um Probleme schließlich nicht nur „aktionistisch zu reparieren und zu korrigieren“, sondern sie auch „strukturell zu reflektieren und reformieren“.

### Erfahrungen aus der Unternehmenspraxis in den neuen EU-Ländern

Im Anschluss sprachen Vertreter aus der wirtschaftlichen Praxis der beiden neuen EU-Länder Rumänien und Bulgarien über ihre Erfahrungen im Transformationsprozess und (fehlende) ethische Maßstäbe in der Wirtschaft. Der Stellv. Vorsitzende der Partei UDK und ehemalige Abgeordnete des bulgarischen Parlaments Dinko Tonev und der Unternehmensberater und ehemalige Diplomat Dr. Sorin Muresan aus Rumänien waren sich darin einig, dass der Übergang zu einem anderen Gesellschaftstypus auch als sittliche Aufgabe begriffen werden müsse – eine Aufgabe, die noch zu erfüllen sei. Als Vorbild nannten beide Experten die Soziale Marktwirtschaft – als ein Konzept, das in seiner Ausgewogenheit nicht nur wirtschaftliche Erfolgsmöglichkeiten, sondern auch deren ethische Fundierung in sich vereine. Dies unterscheide die SMW von anderen Konzepten. Dass die ökonomische Umstrukturierung nicht unter sozialmarktwirtschaftlichen Prämissen vonstatten gegangen sei, sei bedauerlich. Als Hauptgrund hierfür wurde erneut die Machtkonzentration der Oligarchie genannt, die daran kein Interesse habe.

Problematisch sei zudem, dass zwar die Wirtschaft „europäisiert“ worden sei, aber nicht die Sozialwesen und somit der soziale Schutz weiterhin auf nationaler Ebene organisiert werde. Hierin liege eine Zukunftsaufgabe Europas auch über die neuen EU-Länder hinaus: die sozialen Systeme nach und nach anzugleichen und miteinander kompatibel zu machen. So müsse es irgendwann möglich sein, bei einem Umzug etwa von Dänemark nach Rom, Sofia oder Bukarest auch Rentenansprüche mitzunehmen.

Zunächst aber, so die Experten, sie es vor-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BULGARIEN**

DR. ANGELIKA KLEIN

September 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/bulgarien](http://www.kas.de/bulgarien)

rangig, zwischen Kollektivismus und maßlosem Liberalismus einen Weg zu finden. Hierzu biete die Soziale Marktwirtschaft auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes die „Orientierung der Stunde“.

**Abschlussdebatte: Sozialgeschichte nicht ohne den Beitrag der Kirchen schreiben**

In der sich anschließenden lebhaften Diskussion wurde dies unterstrichen und vor einer „Lateinamerikanisierung Osteuropas“ gewarnt: Korruption und fehlende Transparenz, die Macht des Netzwerks alter Beziehungen und Strukturen sowie die vorherrschende „Kleptokratie“ einer „Verwaltung der Diebe“ wurde allgemein beklagt. Die hohe Machtkonzentration der neuen Wirtschaftseliten, deren Kompetenzlosigkeit und Mangel an politischer Erfahrung, ihr fehlendes Verantwortungsbewusstsein wurden in allen Ländern als größtes Entwicklungshindernis identifiziert.

Dem müsse die Kirche gegensteuern und sich auch systematisch dazu positionieren. In der Frage jedoch, wie weit dabei zu gehen sei, wurde das Vorhandensein „zweier Schulen“ in der Orthodoxie konstatiert: Einer, die – paradox formuliert – sage, die Sozialethik der Orthodoxie bestehe darin, eben keine Sozialethik zu haben, sondern im Sinne der tätigen Nächstenliebe und Solidarität zu handeln. Und einer anderen, die die Notwendigkeit einer auch systematischen Reflektion betone und ein verbindliches Programm fordere.

Beides, so eines der Ergebnisse der Tagung, sei wichtig: Ethik könne nicht „verordnet“, sondern müsse immer auch „von unten“, aus der Erfahrung wachsen, wie die Entstehungsgeschichte der katholischen und evangelischen Sozialethik zeige. Gleichzeitig sei der Rückbezug auf eine moralphilosophische Argumentation als theoretisches „backup“ und zur Untermauerung unerlässlich. Zwischen beiden Ebenen – Struktur und Individuum, Abstraktion und Konkrektion, Prinzip und Tat – bewege man sich ständig hin und her: Jede Sozialkonzeption müsse „lebendig“ gehalten, der Dialog zwischen Leben und System am Leben erhalten

bleiben, wie auch Handeln wertegeleitet und fundiert sein müsse.

Die Systematik, darin waren sich die Teilnehmer einig, käme jedoch in der Orthodoxie insgesamt noch etwas zu kurz. Eine programmatische Positionierung angesichts der Herausforderungen der Moderne und der neuen Rolle der Kirchen in der Gesellschaft sei wünschenswert. Tatsächlich hätten die Kirchen – mit Blick auf christliche Nächstenliebe und Barmherzigkeit – immer schon die Caritas gepflegt. Die entscheidende Frage sei jedoch, wie man diese über Strukturen und Gesetze auch etabliere, um sie der Abhängigkeit von Mildtätigkeit zu entziehen.

Als Schwierigkeiten diesbezüglich wurde neben der genannten „orthodoxen Tradition der Spiritualität“ auch der Vertrauensverlust in Institutionen ausgemacht. Die postkommunistischen Länder hätten zu sehr auf Strukturen gebaut. Diese hätten jedoch versagt – nun glaube man nicht mehr daran. Der Zusammenbruch des Sozialsystems des Kommunismus sei jedoch erfolgt, weil es nicht von Werten zusammengehalten worden sei. Nun gelte es, dieses Vertrauen wiederherzustellen. Dabei stelle sich die Frage nach dem Leitethos, das diese Strukturen leiten soll.

Dieses müsse, so die Überzeugung, programmatisch entwickelt werden. Mit nur punktuellen Maßnahmen und ohne eine verbindliche Handlungsgrundlage oder ein „Programm“ der Kirchen flössen christliche Werte auch zu wenig in die Politik ein. Vielleicht, so die weiterführende Überlegung, rühre die Tatsache, dass sich in keinem orthodoxen Land eine christliche Partei langfristig durchgesetzt habe, auch daher, dass schon die Kirchen „kein Programm“ hätten. Vor diesem Hintergrund sei es interessant zu beobachten, wie sich in Russland die Lage entwickelte – ob die Sozialdoktrin der ROK eine plausible Plattform für die Entwicklung auch einer „C-Partei“ sein könne.

Dass die „Amtskirchen“ Leitlinien entwickelten, könne jedoch – auch dies wurde betont – nur ein Anstoß sein. Wichtig wäre es auch, dass sich Christen als solche überkon-



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BULGARIEN**

DR. ANGELIKA KLEIN

September 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/bulgarien](http://www.kas.de/bulgarien)

fessionell und überparteilich in der Politik engagierten und auch Laien Initiativen entwickelten, die in ein breites gesellschaftliches Engagement mündeten. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus werde der soziale Auftrag der Kirchen zwar verstärkt thematisiert, die Laien aber würden überwiegend vernachlässigt. Auch mit Blick auf die Einrichtung sozialetischer Lehrstühle und Fächer an den Universitäten stünden die orthodoxen Länder erst am Anfang.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Ambivalenz „offizieller“ Sozialdoktrinen diskutiert: die amtliche Äußerungen einer Kirche zu sozialen Fragen sei als Mittel der Bewusstseinsbildung selbstredend sinnvoll, die Frage der Verbindlichkeit werde aber dennoch – auch im katholischen Kontext – zu recht kontrovers diskutiert. Denn einerseits gibt sie die Möglichkeit, „Abweichler“ auf eine gemeinsame Position zu verpflichten, sie könne andererseits aber auch zu einem Instrument werden, um andere zu reglementieren.

Mit Blick auf das Zusammenspiel beider Ebenen wurden zwei Voraussetzungen festgehalten: Erstens die Notwendigkeit der Einsicht, dass einzelne Hilfsangebote für die Armen nicht ausreichend seien, sondern auch die staatliche Sozialpolitik für deren soziale Absicherung etwas tun müsse – und darauf Einfluss genommen werden könne und müsse: sozialkaritative Maßnahmen bräuchten einen Rahmen. Zweitens die Voraussetzung, dies auch als Christ tun zu wollen – nicht nur als Bürger und Politiker. Dabei müsse die kirchliche Hierarchie dies den Laien auch zugestehen und deren Erfahrungen und Engagement in diesem Bereich ernst nehmen.

Für alle Teilnehmer stand fest: Sozialgeschichte darf auch weiterhin nicht ohne den Beitrag der Kirchen geschrieben werden.